

St. Peters Bote,
 die älteste deutsche katholische Zeitung
 in Kanada, erscheint jeden Mittwoch in
 Muenster, Sask., und kostet bei Voraus-
 bezahlung:
 \$2.00 per Jahrgang
 Einzelne Nummern 5 Cts.
 Anzeigen werden berechnet zu
 50 Cents pro Zeile einseitig für die
 erste Einrückung, 25 Cents pro Zeile für
 nachfolgende Einrückungen.
 Eschlussanzeigen werden zu 10 Cents pro
 Zeile wöchentlich berechnet.
 Geschäftsanzeigen werden zu \$1.00
 pro Zeile für 4 Insertionen, oder \$10.00
 pro Zeile jährlich berechnet. Rabatt bei
 großen Aufträgen gewährt.
 Jede nach Ansicht der Herausgeber
 für eine unzulässige katholische Familien-
 eintragung unpassende Anzeige wird un-
 befragt zurückgewiesen.
 Man adressiere alle Briefe u.ä. an
ST. PETERS BOTE,
 Muenster, Sask., Canada.

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. Erzbischofs Lananvin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benediktiner-Vätern zu Münster, Sask., Canada.

St. Peters Bote,
 the oldest Catholic newspaper in
 Saskatchewan, is published every
 Wednesday at Muenster, Sask. It is
 an excellent advertising medium.
 SUBSCRIPTION:
 \$2.00 per year, payable in advance.
 Single numbers 5 cents.
 ADVERTISING RATES:
 Transient advertising 50 cents per
 inch for first insertion, 25 cents per
 inch for subsequent insertions. Re-
 ceiving notices 10 cents per line. Dis-
 play advertising \$1.00 per inch for
 4 insertions, \$10.00 per inch for one
 year. Discount on large contracts.
 Legal Notices 12 cts. per line non-
 re-ill 1st insertion, 8 cts. later ones.
 No advertisement admitted at any
 price, which the publishers consider
 unsuited to a Catholic family paper.
 Address all communications to
ST. PETERS BOTE,
 Muenster, Sask., Canada.

17 Jahrgang, No. 5 Münster, Sask., Mittwoch, den 17. März 1920. Fortlaufende No. 837.

Vom Ausland

Berlin. In seiner Zusammenfassung über die Zeugnisaussagen im Verleumdungsprozeß, welchen der frühere Finanzminister Erzberger gegen den Ex-Vizekanzler Dr. Karl Helfferich angestrengt hatte, erklärte der Staatsanwalt Krause, es sei nachgewiesen worden, daß Erzberger Geschäftsangelegenheiten mit seinen politischen Ämtern verquickt habe. Da gerade die Behauptung, daß Erzbergers Geschäftsunternehmungen seine politischen Ämter beeinflusst hätten, den Anlaß zu dem Prozeß geboten hatten, wirkte die Erklärung des Staatsanwalts auf die im Gerichtssaal anwesende Menge überrauschend. In bezug auf die Tatsache, daß Erzberger Geld von deutschen auf schweizerische Banken übertragen hatte, erklärte der Staatsanwalt, daß diese Transaktionen von jedem Verdacht gereinigt worden seien, obwohl Erzberger klug daran getan hätte, wenn er sich bei diesem Schritt mit dem Auswärtigen Amt ins Einvernehmen gesetzt hätte. Erzberger war bei der Schlussverhandlung des Prozesses nicht anwesend.

Die Anzeige, daß Feldmarschall von Hindenburg seine Einwilligung gegeben habe, als Kandidat für die deutsche Präsidentschaft aufzutreten, wird von den konservativen und alldeutschen Blättern freudig begrüßt. Sie bezeichnen ihn einmütig als einen „unpolitischen und unparteiischen“ Kandidaten für das Amt und als den einzigen Mann, der imstande ist das deutsche Volk wieder zu einigen. Dagegen erklärt der „Vorwärts“, das Organ der Mehrheitssozialisten, die Kandidatur Hindenburgs „als die größte Dummheit, die Hindenburg unter dem Einfluß von Helfferich und Ludendorff begehen konnte.“ Er prophezeit, daß seine Erwählung „die gemaltige Bewegung für eine Revision des Friedens von Versailles, die im Auslande täglich an Kraft gewinnt“, endgültig zum Versagen bringen würde.

Der „Vorwärts“ verbreitete eine Uebersicht über die deutschen Kriegsverluste mit folgenden Angaben. Die Verluste des Heeres waren: an Toten 1,718,246 Mann (darunter 62,693 Offiziere); an Verwundeten 4,234,107 Mann (darunter 116,015 Offiz.); an Gefangenen und Vermissten 1,073,619 Mann (darunter 23,103 Offiziere); zusammen 7,025,972 Mann. — Die Verluste der Marine betragen: Tote 24,112 Mann; Verwundete 29,830 Mann; Gefangene 11,054; zusammen mit den in neutralen Staaten internierten und an Krankheiten Gestorbenen 78,342 Mann.

Amerikan. Beschlüsse auf Vortage, deren Ausführung mehrere Jahre beanspruchen wird, im Werte von \$50,000,000, sind beim Vortage-Syndikat eingegangen. Da die Bezahlung für die Lieferungen in Dollars erfolgt, glaubt die Regierung, daß die Kontrakte des Syndikats wesentlich zur Abtragung der deutschen Verpflichtungen im Ausland beitragen werden.

Edin. Das Hotel „Gwige Lampe“, eines der bedeutendsten Hotels dieser Stadt, ist nun auch in den Besitz einer englischen Gesellschaft übergegangen. Diese wird nach erfolgtem Umbau, der zwei Millionen Mark kosten soll, im unteren Stockwerk ein Bankgeschäft einrichten,

Zum heiligen Vater Benediktus

Sanft erklingt es in der Seele,
 Denk ich, teurer Vater, Dein,
 Der aus dunkler Felsenhöhle
 Brachte hellen Glaubensschein.

Rosen sah ich lieblich blühen,
 Wo du strenge hast gebüet;
 Drum erklingt's mit Liebesglühen:
 Benediktus, sei gegrüet!

Flammen auf Kaffino's Höhen
 Künden mir der Götter Fall,
 Und des Kreuzes Fahnen wehen
 Unter lautem Siegeschall.

Während in den übrigen Räumlichkeiten der Hotelbetrieb weitergeführt werden soll. Die Fälle, in denen große hiesige Geschäfte in englischen Besitz übergeben, mehren sich in der letzten Zeit recht bedenklich. Die Engländer laufen eben alles auf. S p e y e r. Kürzlich kam der französische Apostolische Vikar Fortigneau von Madagaskar hierher, um im hiesigen Dom 64 farbigen Madagassen, Angehörigen der französischen Besatzungstruppen, das hl. Sakrament der Taufe zu spenden und 150 zu firmen. An Ostern sollen weitere 60 Madagassen die Taufe erhalten.

Wien. Gehirninfluenza, eine neue Krankheit mit hoher Sterberate, sucht Wien heim. 300 Kranke wurden an einem Tage behandelt. Die Krankheit beginnt mit Kopfschmerz und Magenkrämpfen. Gesicht und Gliedmaßen werden dann mitgenommen. Vielfach werden die Augenmuskeln gelähmt, so daß die Augen offen bleiben, auch wenn der Kranke schläft.

London. Trotz des schlimmen Zustandes der britischen Finanzen zeigt sich, daß die Regierung Bestimmungen für große Kriegsausgaben in das Budget für 1920 einzufügen beabsichtigt. Nach der „Daily News“ werden diese Kosten eine Verwilligung von \$625,000,000 für die Armee außer den Kosten der 40 neuen Kriegsschiffe, die jetzt im Bau begriffen sind, einschließen.

Die Sowjetarmee im südlichen Rußland hat, wie aus Moskau berichtet wird, die Kaspische Eisenbahn überstritten, die Ueberbrückung der Armee des Generals Denikin in zwei Hälften geteilt, und den Weg nach Persien und den neuen Staaten Georgien und Aserbeidschan in Transkaukasien freigemacht. Die Sowjetregierung bezeichnet den letzten Sieg über den Rest der Denikin-Armee, der jetzt nach den Bergen des Kaukasus gedrängt wird, als einen „Todesstreich“, und erklärt, daß ihre Armee schließlich das Kaspische Meer beherrschen werde.

Paris. Die Einzelheiten, die über Niedermetzelung von 10,000 Armeniern entziffert, lassen erkennen, daß der Vorgang der barbarischste war, der bisher gemeldet wurde. Zehn Bischöfe befanden sich unter denen, die auf qualvolle Weise ermordet wurden. Der Bischof von Diarbek soll lebendig begraben worden sein, während ein anderer Bischof langsam zu Tode verbrannt wurde.

Hiesige Diplomaten, die Tätigkeit des hohen Rates in London besprechend, machen kein Hehl aus ihrer Ueberzeugung, daß die jüngsten Entscheidungen, die Bahn für eine gründliche Aenderung des Friedensvertrags gebnet haben. Was die Erwählung Admiral Fortys zum Regenten Ungarns anbelangt, so glaubt man, daß die britische Regierung über diese Wahl erfreut ist und beabsichtigt, der Regentenschaft Vorschub zu leisten, da dadurch der Friedenskonferenz Zeit gegeben wird, das Verbot der Wiedererrichtung der Habsburger Dynastie aufzuheben.

Rom. Rom soll nunmehr einen regelrechten Hafen erhalten, wodurch man die Hauptstadt zu einer Handelsmetropole größten Stils zu erheben hofft. Die Einfahrt dieses Hafens soll in Ostia liegen, dem alten, schon von den Königen angelegten, aber erst von Claudius voll-

Orangistische Engberzigkeit

Unter 8. März berichtet eine Tageszeitung aus Saskatoon, daß vom 2. bis 4. März die Orangisten von der Großloge Saskatchewan in Moose Jaw ihre Sitzungen hielt. Den Vorsitz führte der Großmeister der Provinz, S. Stuart Adrain von Craik. Nahezu 275 Brüder fanden sich ein. In seiner Ansprache sagte Adrain unter anderem:

„Our brethren in Ulster are living in perilous times. Whatever may be the outcome of the Home Rule Bill at present before the British Parliament one thing we may be certain of and that is that we can never consent to the separation of Ireland from England, and the handing over of Ulster to a papal parliament.“

Unter den einstimmigen genommenen Resolutionen seien folgende drei hier angeführt:

WHEREAS the vast majority of the citizens of Saskatchewan are opposed to the present iniquitous system of separate schools in this province; be it resolved, that this Right Worshipful Grand Orange Lodge of Saskatchewan reaffirms its unalterable opposition to that system and pledges itself to do everything in its power to bring about their abolition.

WHEREAS the teaching and use of the French Language in the Saskatchewan elementary schools is still allowed under the School Act of the province; be it resolved that this Right Worshipful Grand Orange Lodge of Saskatchewan again places itself on record as unreservedly opposed to this language holding a privileged position in the elementary school curriculum, either as a subject of study or means of instruction.

WHEREAS the law of this province provides for an educational council consisting of five members two of whom must be Roman Catholics by faith; be it resolved that this Right Worshipful Grand Orange Lodge considers that the members of this council should be selected by virtue of their qualifications as educationalists and not on account of their religious faith.

Was über die „saubere“ Gesellschaft der Orangisten bezüglich ihrer Stellung zur Separatenschule zu sagen ist, haben wir bereits in unserer Ausgabe vom 3. März gesagt. Daß die Convention der Saskatchewan School Trustees' in den letzten Jahren zu einer Zusammenkunft und Großmanerei der Orangisten ausgeartet ist, kann ein jeder sehen, der auch nur halbwegs gesund denken und urteilen kann. Kein Wunder daher, daß kein ordentlicher Mensch derselben mehr beizuwohnen will. Kein Wunder, daß die französisch redenden Bewohner Saskatchewan's letzte Jahr angefangen haben, ihre eigene Trustees' Convention zu halten. Die Manerei auf der Versammlung der Orangisten kurz nach der Trustees' Convention in Moose Jaw war weiter nichts als ein Wiederhall der Convention. Die Brüder vom Schurzfell kamen einfach zusammen um ihre einstweiligen Erfolge zu besprechen und wie sie ihren Haß gegen die kath. Kirche weiter am besten betätigen können. Ruhig werden sie nicht bleiben. Bewundernswert ist der Eifer, mit dem diese Bigotten gegen Christus und seine Kirche arbeiten und losstürmen. Und wer wird sie einst für diese Mühen belohnen? Gott sicherlich nicht. Für wen arbeiten sie denn? — Wie wäre es, wenn wir Katholiken solchen Eifer an den Tag legen würden für die Sache Gottes!

In seiner Predigt am 29. Febr. behandelte der hochw. P. A. Jan, O.M.I., Generalvikar der Diözese Prince Albert und Vertreter unseres hochw. Herrn Bischofs den kath. Unterricht in der Schule und kam hierauf auch auf die Wünsche der Orangisten, wie sie sich auf der School Trustees' Convention in Moose Jaw in der letzten Februarwoche geäußert haben, zu sprechen. Der hochw. Redner sagte unter anderen Dingen folgendes: „Der Grund warum die Katholiken das Recht auf die Separatenschulen wahren, ist leicht zu verstehen, und gründet sich auf den gesündesten Menschenverstand. Katholiken glauben nämlich auch an eine Erziehung des Herzens neben der des Verstandes. Das Erziehen des Kindes in sittlicher und geistlicher Richtung ist nämlich ebenso wichtig, als die Entwicklung des Verstandes. Die Schule ist der einzige Ort, wo dieses richtig getan werden kann. Die öffentlichen Schulen legen kein Gewicht auf das Gewissen, auf das Herz; sie sind zufrieden mit materialistischen Dingen. Deshalb müssen wir Anstalten haben,“

Wichtige Vorgänge in Deutschland.

Die Regierung des Premier Ebert wurde gestürzt.

Berlin. — Die Regierung unter Präsident Ebert wurde am 13. März gestürzt. Dr. Wolfgang Kapp, Vorsitzender der Vaterlandspartei, hat das Kanzleramt übernommen, während General von Lüttwitz sich des Ministerpostens für Landesverteidigung bemächtigt hat. Die Revolution ist friedfertig verlaufen. Der Sturz der Regierung erfolgte auf eine Botichaft tags vorher, daß eine revolutionäre Verschwörung entdeckt worden sei. In die Verschwörung, welche den Reaktionsären, wie auch den Monarchisten und Aldeutschen zur Last gelegt wird, waren auch Teile der Armee verwickelt. Der Verteidigungsminister Noske ordnete sofort die Gefangennahme Dr. Kapp's an, aber es war bereits zu spät. Revolutionäre Truppen von Döberitz, denen sich Teile jener Truppen anschlossen die erst vor einiger Zeit von den baltischen Ländern zurückgekehrt waren, sind auf Berlin gerückt und haben den Tiergarten-Bahnhof besetzt. Welchen Umfang die Verschwörung hat läßt sich noch nicht beurteilen. Präsident Ebert und seine Gattin sind aus Berlin geflohen. Ebert, Mitglied der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, war am 11. Febr. 1919 um Oberhaupt der deutschen Republik gewählt worden.

Dr. Kapp, der das Amt des Reichskanzlers übernahm, wird als ein großer Reaktionsär bezeichnet, der die unter Ebert stehende Regierung stets bekämpfte. Als Führer der mächtigen Vaterlandspartei betrachtete man ihn als einen Vorläufer der Wiederherstellung der Monarchie. Kapitän Pabst wird gleichfalls als einer der Führer bezeichnet. General von Lüttwitz, Offizier der Noske'schen Reichswehr, scheint seinen Vorgesetzten vollständig hintergangen zu haben.

Eine in Berlin erlassene Proklamation erklärte die Regierung für gestürzt und die National-Versammlung als aufgelöst. Die Sozialdemokratischen Parteien sollen den Generalstreik erklärt haben.

Paris, 13. März. — Marshall Foch hat eine Extra-Sitzung des Obersten Rates einberufen. Die hiesige deutsche Friedens-Delegation erklärte, sie betrachte sich noch als Vertreter der deutschen Regierung, solange sie vom Sturz der Regierung nicht offiziell benachrichtigt worden sei.

1.50

1.50

1.50

1.50

1.50

1.50